

Das Bessere ist nirgends fertig vorzufinden, das Bessere muß geschaffen werden. Die Zukunft gehört natürlich weder dem subjektiven Idealismus Berkeley's oder dem absoluten Idealismus Hegels, noch dem Agnostizismus oder Neokantianismus unserer Tage; aber sie gehört auch ebenso wenig dem „dialektischen Materialismus“. Unter letzterem verstehen wir nicht die marxistische soziologische Lehre, sondern die rein philosophische Weltanschauung, welche entstand, nachdem — wie Engels sich ausdrückt — die Hegelsche Philosophie vom Kopfe auf die Füße gestellt und ihr idealistischer Inhalt durch den materialistischen ersetzt worden war. Diese Weltanschauung wird besonders in dem bekannten Engels'schen Buche: „Dürftungs-Umwälzung der Wissenschaft“ ausgedrückt. Wir haben tiefe Achtung vor den sozialen Ursachen, welche den dialektischen Materialismus hervorgebracht haben, glauben aber, daß der Gedanke ebenso wie das Leben vorwärts geht. Die Ideologen des Proletariats, welche die Philosophie des dialektischen Materialismus geschaffen, konnten sich bisher mit philosophischem Denken nicht abgeben, es sind aber bessere Zeiten im Anzug, und es wäre schmähtlich, sich auf das Wiedertreten des Alten zu beschränken.

Wir haben in unserem Artikel darzulegen versucht, wie unangebracht der Zuruf Bernsteins war, auf Lange zurückzugehen. Für uns giebt es in der Philosophie nur einen Zuruf: den Ruf vorwärts zu selbständiger philosophischer Arbeit, da wir ja vor Allem Kinder der Zukunft sind. Das Hervortreten der Philosophen des Proletariats begrüßen wir als Zeichen seines sozialen Wachstums, seines herannahenden Sieges in der Gesellschaft.

## Handelsvertrags- und imperialistische Expansionspolitik.

Von Heinrich Cunow.

### I.

Am 30. Juli läuft wiederum das deutsch-englische Handelsprovisorium ab, das seit der Kündigung des früheren Handelsvertrags von Seiten Englands am 30. Juli 1897 schon zweimal verlängert worden ist. Wie als sicher gelten darf, wird auch diesmal wieder der Bundesrath vom Reichstag ermächtigt werden, England auf ein weiteres Jahr das Meistbegünstigungsrecht einzuräumen, wenn auch wahrscheinlich erst nach einigen Entrüstungsdeklamationen des agrarischen Trifoliums Hahn-Mißick-Wangenheim und ihrer allzeit getreuen antisemitischen Sancho Pansas. Haben die Herren in den Sitzungen vom 16./19. Juni des vorigen Jahres es sich nicht veragen können, zu remonstriren, so dürften sie in diesem Jahre, nach dem Mißlingen ihres Handelsreichs gegen die Fleischzufuhr, noch weit weniger geneigt sein, die Gelegenheit zur Anbringung einiger nach ihrem bekannten Bundes-Schreiberezept verfaßter Schimpfereien gegen das „perfidie Albion“ ungenützt vorübergehen zu lassen. Abgesehen von diesen zollkriegslüsternen Elementen sind jedoch alle politischen Parteien des Reichstags sich einig, daß die Offenhaltung einer friedlichen Regelung der handelspolitischen Beziehungen zu England in Deutschlands eigenstem wirtschaftlichen Interesse liegt; und ebenso ist man sich in England darüber klar, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen es nicht nur ein grober wirtschaftlicher, sondern noch weit mehr ein politischer Fehler wäre, wollte England jetzt eine Aenderung in seinen Handelsbeziehungen zum Deutschen Reiche eintreten lassen und sich dadurch noch mehr isoliren.

Vorläufig bleibt es also noch beim Alten. Damit ist jedoch keineswegs gesagt, daß man in England das Bedenkliche und Gefährliche jener in letzter Zeit aufgetauchten imperialistischen Bestrebungen zu erkennen beginnt, die auf die Herstellung eines britischen Reichszollvereins gerichtet sind: einer Zollunion, die zu Gunsten des Handelsverkehrs Englands mit seinen Kolonien die Einfuhr fremder Produkte ins Zollvereinsgebiet erschwert. Zu Gegeuthell, der südafrikanische Krieg hat die jingolistischen und imperialistischen Wünsche noch mehr gesteigert, und der Traum vom weltbeherrschenden britischen „Empire“ nimmt immer vielgestaltigere Formen an. Geht, wofür die größere Wahrscheinlichkeit spricht, Großbritannien als Sieger aus den südafrikanischen Kämpfen hervor, so wird das ohnehin schon überreizte englische Nationalgefühl zweifellos noch eine weitere Stärkung erfahren; und es erscheint keineswegs als ausgeschlossen, daß dann unter dem Einfluß dieser Stimmung England einen Schritt unternimmt, der in seinen Konsequenzen für Englands Stellung auf dem Weltmarkt höchst gefährlich werden kann — gefährlicher als für die Nationen, gegen deren industrielle und kommerzielle Konkurrenz er sich richtet.

Es ist eine für die wirtschaftliche Entwicklung der letzten beiden Jahrzehnte außerordentlich charakteristische Erscheinung, daß, während der deutsche Großindustrielle und Großhändler sich mehr und mehr zur Freihandelstheorie bekehrt, daselbe England, das noch in den sechziger Jahren die Freihandelslehren fast als religiöse Dogmen behandelte, heute bereitwilligst protektionistischen Projekten Aufnahme gewährt. Kann auch von einem Uebergang zum Schutzzollsystem noch nicht die Rede sein, so ist doch, sobald man die ökonomisch-theoretischen Erörterungen der englischen Handelspresse von vor vierzig Jahren mit ihren heutigen Betrachtungen über die Weltmarktslage vergleicht, die sich vollziehende Schwenkung unverkennbar. Schwärmt man einst von den Friedenswirkungen des ökonomischen Wettbewerbs, die das politische Getrenntsein der Völker nahezu bedeutungslos machen und eine allgemeine Verbrüderung der Nationen herbeiführen würde, so heißt es heute, England könne seine Stellung als Industriestaat ohne stetige Ausdehnung seines Waarenexports nicht behaupten, dazu aber sei gegenüber der Konkurrenz Deutschlands und der Vereinigten Staaten von Amerika eine Erhaltung der alten Absatzmärkte erste Vorbedingung, die durch eine Zollvereinigung mit den Kolonien, eine „Absperrung gegen das Ausland“ am ehesten erreicht würde. Es haben sich eben wieder mal die wirtschaftlichen Lebensbedingungen geändert und in ihrem Gefolge ändern sich nun auch die so lange respektirten „Wirtschaftsprinzipien“. An die Stelle der Schwärmerie für die kommerzielle Friedensära tritt die Forderung nach energischer Expansion, an die Stelle der zärtlichen Besorgtheit um das Seelenheil der Neger in Afrika die Besorgtheit, bei der Auftheilung der dortigen Interessensphären zu kurz zu kommen, und an die Stelle der weichen Stimmungsglyrik eines Tennyson die Soldatenglyrik Rudyard Kiplings.

Als in den vierziger Jahren das bis dahin zwischen England und seinen Kolonien bestehende System der gegenseitigen Handelsbegünstigung durch Differentialzölle vor der Agitation der erstarkenden Manchestererschule abzubrückeln begann und 1860 dessen letzte Reste beseitigt wurden, entsprach dieser Verlauf genau dem Umschwung der Wirtschaftsverhältnisse. Die Bedeutung des Ackerbaues für das Wirtschaftsleben der englischen Nation hatte mehr und mehr abgenommen; England war zum Industriestaat geworden, der thatsächlich ein Welthandels- und Weltindustriemonopol erlangt hatte. Auch ohne besonderen Zollschutz behaupteten seine Industrieerzeugnisse die Kolonialmärkte und eroberten sich trotz der von den europäischen Ländern errichteten Zollschranken in stetigem Fortschritt deren innere

Absatzgebiete. Das einzige Land, das als industrieller Konkurrent auf dem Weltmarkt in Betracht kam, war Frankreich; Deutschlands Großindustrie steckte in den vierziger, fünfziger Jahren noch völlig in den Anfängen und in den Vereinigten Staaten, deren industrielle Entwicklung heute Englands Suprematie noch weit mehr bedroht, als die Deutschlands, zeigten sich kaum die ersten industriellen Ansätze. Die Interessen der südstaatlichen Pflanzearistokratie beherrschten noch fast völlig das Wirtschaftsleben der nordamerikanischen Union. Und noch weiter reichte das englische Schiffsverkehrsmonopol. Soweit überhaupt ein Handel der europäischen Kontinentalstaaten mit überseeischen Ländern bestand, war er fast ausnahmslos Anschlußhandel an den englischen Ueberseehandel. Was sie nach Asien, Australien, Afrika, nach Amerika exportirten oder von dort bezogen, das ging auf englischen Schiffen und über englische Häfen nach seinem Bestimmungs-ort. Englische Heber und englische Zwischenhändler schluckten einen Haupttheil des Profits.

Weshalb also sollte England sich durch zollpolitische Maßregeln ein Monopol sichern, das es ohnehin besaß? Die Abschließung seiner Kolonialmärkte vom freien Verkehr lieferte nur den Kontinentalstaaten einen Vorwand, auch ihrerseits sich mit Zollschranken zu umgeben. Das Interesse der englischen Exportindustrie war vielmehr, ungehindert auf den auswärtigen Märkten ihre natürliche Ueberlegenheit geltend machen zu können, d. h. möglichst freien Eingang für ihre Erzeugnisse zu erlangen. So sehen wir denn schrittweise die kolonialen Differentialzölle fallen. Mit der Gewährung freier Selbstverwaltung wird den nordamerikanischen, australischen und südafrikanischen Kolonien zugleich das Recht eingeräumt, ihre Handelspolitik frei auszugestalten, also nach eigenem Ermessen Freihandels- oder Schutz Zollpolitik zu treiben, auch dem englischen Mutterland gegenüber; doch soll die Einführung von Differentialzöllen verboten sein. England behält sich nur das Recht der Abschließung von Handelsverträgen für seine Kolonien mit fremden Mächten vor. Auf Grund dieser Bestimmung wird von Großbritannien 1862 ein Handelsvertrag mit Belgien abgeschlossen, der diesem das Meistbegünstigungsrecht gegenüber den englischen Kolonien gewährt, und 1865 folgt der Abschluß eines gleichen Vertrags mit dem deutschen Zollverein.

Diese Lösung der Kolonialfrage genügte einem bedeutenden Theile der Freihandelspolitiker keineswegs; sie hätten am liebsten gesehen, wenn England sich einfach von seinen Kolonien zurückgezogen und diese sich selbst überlassen hätte. Von ihrem Standpunkt sahen sie völlig korrekt die Kolonien nur als Absatzmärkte der englischen Industrie auf; und da nun aller Voransicht nach diese Märkte mit ihrem Handel auch dann England erhalten geblieben wären, wenn es auf seinen Kolonialbesitz verzichtet hätte, so erschienen ihnen die Ausgaben für die Kolonialverwaltung, Kolonialtruppen, Schiffsstationen zc. als eine zwecklose Belastung des englischen Budgets. Schon die Ausgaben für die Truppen in den Kolonien erforderten bedeutende Summen; 1859 zum Beispiel an 4 Millionen Pfund Sterling. Dazu kam, daß mit dem Siege des Industrialismus auch das bürgerliche Selbstbewußtsein wuchs und dieses in dem Vorhandensein einer Kolonialarmee und Kolonialbureaucratie nur eine Stärkung feudaler Strömungen sah. Bereits in den zwanziger Jahren werden derartige Stimmen laut. David Sumner äußerte beispielsweise schon 1823 im Parlament, die Kolonien vermöchten das englische Mutterland nur zu schwächen, weshalb es am besten sei, sie sich selbst zu überlassen, und ähnliche Ansichten verrathen eine ganze Reihe anderer Nationalökonomen und whigistischer Parteiführer, darunter auch J. Stuart Mill, ganz abgesehen von den Leitern der extremen Freihandelsbewegung, wie Cobden und Bright.

Der Aufschwung, den nach dem Wegfall der Differentialzölle der Export nach den Kolonien nahm, gab den Freihandelspolitikern Recht. Die Entwicklung des englischen Ausfuhrhandels in den Jahren 1860 bis 1880, theilweise auch noch in den Jahren 1880 bis 1890, bietet das Bild eines von Jahr zu Jahr steigenden Fortschritts. Es betrug die Ausfuhr von Waaren großbritannischer und irischer Herkunft (also nach Abzug der importirten und wieder ausgeführten Erzeugnisse fremder Länder, sowie der Kolonialprodukte):

	Gesamt-Ausfuhr	Davon	
		nach dem Ausland	nach den britischen Kolonien
1860 . .	135,9 Mill. Pfd. St.	92,2 Mill. Pfd. St.	43,7 Mill. Pfd. St.
1870 . .	199,6 " " "	147,8 " " "	51,8 " " "
1880 . .	223,1 " " "	147,8 " " "	75,3 " " "
1890 . .	263,5 " " "	176,2 " " "	87,4 " " "

Innerhalb der dreißig Jahre von 1860 bis 1890 steigt demnach der Export auf beinahe das Doppelte seines früheren Werthes; doch macht sich im letzten Jahrzehnt schon ein Zurückweichen des englischen Exports vor der deutschen und amerikanischen Konkurrenz bemerkbar, und von 1890 an nimmt die englische Ausfuhr allmählig ab, während die der Vereinigten Staaten und Deutschlands steigt; selbst die 1895 einsetzende Prosperitätsperiode bringt den Export nicht wieder auf seine alte Höhe:

	Gesamt-Ausfuhr	Davon	
		nach dem Ausland	nach den britischen Kolonien
1890 . .	263,5 Mill. Pfd. St.	176,2 Mill. Pfd. St.	87,4 Mill. Pfd. St.
1891 . .	247,2 " " "	161,3 " " "	86,0 " " "
1892 . .	227,1 " " "	152,5 " " "	74,6 " " "
1893 . .	213,1 " " "	146,1 " " "	72,0 " " "
1894 . .	216,0 " " "	144,4 " " "	72,6 " " "
1895 . .	225,9 " " "	155,9 " " "	70,0 " " "
1896 . .	240,1 " " "	156,0 " " "	84,1 " " "
1897 . .	234,2 " " "	153,4 " " "	80,7 " " "

Vergleicht man die durchschnittliche Ausfuhr der drei Länder: England, Deutschland und Vereinigte Staaten in den Jahren 1889/91 mit der Durchschnittsziffer ihrer Ausfuhr in den Jahren 1896/98, so ergibt sich folgendes Resultat:

Es betrug die Durchschnittsziffer der Ausfuhr:

	Zu den Jahren 1889/91	Zu den Jahren 1896/98	Zu resp. Abnahme
England . . . .	253,2 Mill. Pfd. St.	235,9 Mill. Pfd. St.	— 7 Proz.
Deutschland . . .	3222,3 Mill. Mark	3638,9 Mill. Mark	+13 "
Vereinigte Staaten .	328,2 Mill. Dollars	1054,6 Mill. Dollars	+27 "

Daß ein derartiges Resultat den englischen Industriellen und Exporteuren nichts weniger als angenehm dünkt, ist begreiflich, und zwar um so mehr, als die deutsche und amerikanische Konkurrenz sich nicht auf den Waarenexport beschränkt. Relativ bedeutender noch ist die Zunahme und Konkurrenz der deutschen und amerikanischen Handelsmarine und das Eindringen des amerikanischen und englischen Handels- und Bankkapitals in Gegenden, die der englische Kapitalist sich als seine Domäne anzusehen gewöhnt hatte, vornehmlich in Amerika, dessen zentrale Staaten, speziell Mexiko und Guatemala, in zunehmende finanzielle Abhängigkeit von der nordamerikanischen Union gerathen, während der deutsche Kapitalienexport sich besonders nach Südamerika (Brasilien, Chili, Argentinien, Venezuela) ergiebt. Nach der kürzlich im Reichsmarineamt ausgearbeiteten Uebersicht über die deutschen Kapitalanlagen in überseeischen Ländern beläuft sich allein

das in obengenannten vier Staaten angelegte deutsche Kapital auf über 1400 Millionen Mark, ungerechnet die in Staatsanleihen und sonstigen Effekten steckenden Werthe, und diese Summe wird von deutschen und amerikanischen Sachverständigen noch als zu niedrig angegeben erachtet.

Die Folge war, daß sich in England schon zu Anfang der achtziger Jahre, erst halb versteckt, dann in aller Deffentlichkeit, eine Agitation für einen engeren kommerziellen und politischen Zusammenschluß Englands mit seinen Kolonien zu regen beginnt. Die alten Freihandelstheorien werden einer Revision unterzogen, und als erstrebenswerthes Ziel wird die Zollunion des Mutterlandes mit den Kolonien hingestellt. Im Jahre 1884 bildete sich zur Propagierung dieses Gedankens die „Imperial Federation League“, und im nächsten Jahre schon forderte die Londoner Handelskammer die Regierung auf, die Frage einer Zollvereinigung mit den Kolonien in Erwägung ziehen und deren Regierungen zur Äußerung hierüber veranlassen zu wollen. Die Bewegung bewirkte, daß das Kolonialamt tatsächlich die Kolonien zur Äußerung über die Zollvereinsfrage aufforderte und im April 1887 in London eine Konferenz herbeiführte, zu der die wichtigsten Kolonien Vertreter entsandt hatten. Die Frage der „Imperial Federation“ (Reichsvereinigung) wurde zwar als nicht spruchreif aus der Erörterung ausgeschlossen, doch erklärten sich die meisten Delegirten für einen Zollverband, der England auf seinen Kolonialmärkten bestimmte Vorzugszölle sichere. Ein bedeutender Theil des englischen Handelsstandes zeigte sich jedoch keineswegs einverstanden mit den protektionistischen Tendenzen; er erhob Protest, und die Zollverbandspläne wurden einstweilen fallen gelassen, ohne aber von der Tagesordnung zu verschwinden. Der Rückgang des englischen Ausfuhrhandels, die Vorgänge in Ostasien, die neuere Zollgesetzgebung der Vereinigten Staaten, die Ausdehnung der britischen Machtsphäre in Afrika und die Streitigkeiten mit den Burenstaaten brachten immer wieder die Zollvereinsfrage an die Oberfläche. Und zugleich mit den Projekten einer zukünftigen Reichsvereinigung wuchs auch wieder die Werthschätzung des Kolonialbesitzes. Man kann ohne Uebertreibung sagen, daß England niemals, selbst nicht zur Zeit der großen Kolonialerwerbungen im vorigen Jahrhundert, sich so sehr als Kolonialmacht fühlte, wie heute.

Dennoch würde die englische Regierung sich am 30. Juli 1897 schwerlich zur Kündigung der Handelsverträge mit Deutschland und Belgien verstanden haben, wenn nicht von einigen Kolonien, speziell von Kanada, auf sie ein gewisser Druck ausgeübt worden wäre. Der Grund dieses Verhaltens der Kolonien ist ebenfalls in den seit 1860 eingetretenen wirtschaftlichen Veränderungen zu suchen. Als damals England sich das Recht vorbehielt, für seine Kolonien mit fremden Mächten eigenmächtig Handelsverträge abzuschließen, war die Ausfuhr der Kolonien relativ gering und beschränkte sich fast ausschließlich auf landwirthschaftliche Kolonialprodukte; eine eigentliche Industrie in den englischen Kolonien existirte kaum. Seitdem hat sich vieles geändert. Der englische Kolonialzucker von Mauritius, Barbados u. s. w. sah sich z. B. bis vor Kurzem — seit dem vorigen Jahre erhebt bekanntlich Britisch-Indien sogenannte Ausgleichszölle — nicht nur in Folge der Konkurrenz des deutschen, österreichischen, französischen Prämiensuckers vom Markte des englischen Mutterlandes ausgeschlossen, sondern auch größtentheils von den englischen Kolonialmärkten, da die Meistbegünstigungsklausel der von England mit Deutschland und Belgien abgeschlossenen alten Handelsverträge sich auch auf alle Kolonien erstreckte. Besonders aber empfand Kanada, in welchem seit etwa zwei Jahrzehnten unter der Schutzollpolitik der Konservativen sich eine einheimische Großindustrie nach dem Vorbild jener der Nordstaaten

der Union zu entwickeln beginnt, die Meistbegünstigungsklausel als ein Hemmnis seiner Handelspolitik, weil irgend ein Zollübereinkommen, das es mit einem Lande traf, in Folge dieser Klausel sofort auch dem deutschen Export zu Gute kam. Und England sah dies, wollte es nicht Kanada verschmüpfen, genöthigt, dessen Interessen Rechnung zu tragen, denn trotz aller Loyalitätsversicherungen besteht dort eine starke Partei, welche die Zukunft des Landes in der Vereinigung mit der nordamerikanischen Union erblickt und für den Abschluß einer Zollunion mit letzterer plädirte. Als 1890 der Mac Kinley-Tarif die kanadische Ausfuhr hart bedrohte, nahm die Agitation für ein derartiges Zollbündniß, das seine Spitze direkt gegen England gekehrt hätte, einen solchen Umfang an, daß bei den Wahlen die englandfreundliche konservative Partei einen außerordentlich schweren Stand hatte.

Daß England unter solchen Umständen sich in seiner Stellung auf dem Weltmarkt bedroht fühlt und sich zur Kündigung der Verträge mit Deutschland und Belgien entschloß, ist begreiflich. Weniger verständlich dagegen ist, daß es die Abwehr der drohenden Konkurrenz in einem Reichszollverein, einer Zollunion mit Gebieten erblickt, deren wirtschaftliche Interessen nicht nur seinen eigenen vielfach widerstreiten, sondern sich auch selbst gegenseitig durchkreuzen.

Es scheint fast, als hätte die durch die gegenwärtigen Kämpfe in Südafrika aufgestachelte Volksleidenschaft mit ihrer Schwärmerei für das „größere Britannien“ allen nüchternen kritischen Sinn erstickt, daß die wichtigen Fragen, wie weit die Bedingungen für einen Zusammenschluß Großbritanniens mit seinen Kolonien zu einem enger verbundenen, durch Zollschranken geschützten Wirtschaftsgebiet vorhanden sind, welchen Einfluß solche Vereinigung auf die Handelsverhältnisse der einzelnen Länder und speziell auf Englands heutige Weltmarktsstellung haben muß, als nebensächliche betrachtet werden. An einzelnen warneiden nüchternen Stimmen fehlt es zwar nicht, aber das Gros der Imperialisten hat sich allgemach in einen Paroxysmus hineingearbeitet, der, wie weit sonst auch die Ziele auseinandergehen, mit den einstigen Träumen der Freihandelspropagandisten von der Begründung des Friedens auf Erden durch den Freihandel, von dem Aufhören des Nationalitätenhabers und der Auflösung aller wirtschaftlichen Kämpfe in allgemeines Wohlgefallen, recht viel Verwandtes hat. Der Himmel hängt ihnen voll Geigen, und die für die Realisirbarkeit der imperialistischen Projekte recht nebensächliche Thatsache, daß Kanada und Australien freiwillig eintige Tausend Soldaten nach dem südafrikanischen Kriegsschauplatz gesandt haben, wird in ihrer Vorstellung schon zur halben Erfüllung ihrer Herzenswünsche.

England ist Industriestaat; seine Kolonien sind Agrarstaaten, deren Ausfuhr zumeist in Rohstoffen und Nahrungsmitteln besteht; daneben beginnt sich in einzelnen Staaten eine einheimische Industrie zu entwickeln, die aber im jetzigen Stadium, soll sie nicht von vornherein zum Verkümmern verurtheilt werden, durchaus des Schutzes gegen die überlegene englische Industrie bedarf. Schon aus diesen verschiedenen Wirtschaftsbedingungen heraus ergeben sich die mannigfaltigsten Widersprüche: dieselben Gegensätze zwischen agrarischen und industriellen Interessen, wie sie überall bestehen, wo landwirtschaftliche Gebiete mit industriellen zu einem Zollverband vereinigt sind, nur noch viel differenzirter, da die Formen der Landwirtschaft und die Bedingungen ihrer Prosperität in den einzelnen Kolonien völlig verschiedene sind. Es macht sich theoretisch ja recht schön, wenn erklärt wird, England solle seinen Kolonien Industriewaaren liefern, und diese dafür England Rohstoffe und Nahrungsmittel. Leider nur stellen sich in der Praxis diesem sogenannten Austausch die verschiedenartigsten Hindernisse ent-

gegen. Nehmen wir z. B. die Rohbaumwollproduktion und die Baumwollindustrie. Der Gegensatz der ostindischen Garn- und Kattunindustrie gegen die Baumwollindustrie Lancashires ist bekannt; doch hat Ostindien nicht nur ein Interesse daran, daß sich diese seine Industrie, welche die englischen Garne und Shirlings von den ostasiatischen Absatzmärkten fast ganz verdrängt hat, immer mehr entfaltet, es muß auch, soll der Zollverband ihm nützen, auf Schutz seiner einheimischen Rohbaumwollerzeugung dringen, also auf Erzhwerung der amerikanischen Baumwolleinfuhr ins Reichszollvereinsgebiet. Dem steht aber das Interesse der englischen und der entstandenen jungen kanadischen Textilindustrie entgegen, deren Konkurrenzfähigkeit dadurch noch weiter gelähmt würde. Aber auch Englands und Kanadas Interessen sind in dieser Frage nicht die gleichen. Freie Einfuhr der englischen Textilfabrikate in Kanada hieße einfach Vernichtung der entstandenen kanadischen Baumwollindustrie. Dazu wird Kanada sich schwerlich verstehen. Als es 1897 dem englischen Mutterland ostentativ als Beweis seiner Anhänglichkeit eine Zollreduktion von 25 Prozent gewährte, erhöhte es fürsorglicher Weise vorher die Zölle auf Baumwoll- und Leinenwaaren. Wie soll aus diesem Widerstreit der Interessen der Ausweg gefunden werden? Die Aufgabe wird nicht so leicht zu lösen sein. Und ähnlich wie hier liegen die Verhältnisse auf vielen anderen Industriegebieten.

Außerdem hat aber die Sache noch ihre politische und finanzielle Seite. Soll der Reichszollverein Bestand haben, dann müssen unbedingt politische Garantien für die Unterordnung der sogenannten autonomen Kolonien unter die Zollbestimmungen und für die Berücksichtigung ihrer speziellen Interessen geschaffen werden. Es muß eine Zentrale vorhanden sein, welche die sich ergebenden Streitigkeiten zwischen den beteiligten Kolonien schlichtet, Ueberschreitungen der gegenseitigen Kompetenzgrenzen inhibiert, die handelspolitischen Beziehungen zu auswärtigen Mächten regelt, den Zollverein nach außen vertritt u. s. w. Die Ordnung dieser verschiedenen Angelegenheiten dürfte etwas schwierig werden, da unzweifelhaft in den autonomen Kolonien Australien, Kanada, Kapland und Natal das starke Bestreben besteht, sowohl die einheimische Verwaltung dem Einfluß des englischen Mutterlandes möglichst zu entziehen, als auch die Beziehungen zu fremden Mächten eigenmächtig, entsprechend den eigenen Bedürfnissen, zu ordnen. Ein treffliches Beispiel bietet die endlich nach so vielen Konferenzen und Konventionen zu Stande gekommene Bundesverfassung der australischen Föderation, die dem „Privy Council“ der Krone jede Mitwirkung bei der Entscheidung von Streitigkeiten über die Auslegung der Bundesverfassung wie auch der einzelstaatlichen Verfassungen entzieht, soweit nicht öffentliche Interessen anderer Reichsteile berührt werden. Nur das zu errichtende australische Bundesobergericht soll entscheiden. Ferner wird dem Bundesparlament das Recht zugesprochen, die Berufung an das „Judicial Committee“ des „Privy Council“ auch betreffs anderer Gegenstände auszuschließen und selbständig Gesetze zur Ordnung der auswärtigen Angelegenheiten zu erlassen. Welche Schwierigkeiten unter solchen Umständen sich dem Abschluß einer Zollvereinigung entgegenstellen, braucht nicht erst näher hervor-  
gehoben zu werden.

Doch auch die Finanzverhältnisse der einzelnen Kolonien sprechen ein gewichtiges Wörtchen mit, wie wenig Beachtung ihnen auch bisher in der Greater-Britain-Propaganda geschenkt worden ist. Die direkte Besteuerung deckt in den meisten Kolonien nur einen Theil der Staatsausgaben, der weitaus größere Theil wird aus den Zollerträgen bestritten. Vermindert sich nun der Handel mit dem Ausland und wird ein wesentlich größerer Theil der Einfuhr, als

bisher, durch die englische Industrie gedeckt, müssen sich dementsprechend auch die Zolleinkünfte vermindern. Das bedeutet zunehmende Defizite im Budget, die manchen Kolonien sich um so fühlbarer machen werden, als sie sich mit der Zeit eine recht ansehnliche Schuldenlast aufgeladen haben. Die Verschuldung der australischen Kolonien betrug z. B. schon in 1896 über 216 Millionen Pfund Sterling.

Das sind Thatsachen, die geeignet sind, die imperialistischen Zukunftshoffnungen recht sehr herabzustimmen. Aber selbst angenommen, alle diese Hindernisse wären glücklich überwunden, das ersehnte britische „Empire“ wäre entstanden, würde dann wirklich die englische Industrie von dem neuen Zustand den Nutzen haben, den die imperialistische Agitation ihr vorgaukelt? Gewöhnlich wird als selbstverständlich angenommen, daß die goldenen Tage des englischen Industrialismus zurückkehren würden; aber so selbstverständlich ist das keineswegs. Nehmen wir an, in Folge der Zollvereinigung gewänne England in Kanada ein größeres Absatzgebiet als bisher; der Bezug von Industrieartikeln aus den Vereinigten Staaten — in 1898 deckte die Union beinahe 60 Prozent der Gesamteinfuhr Britisch-Nordamerikas — ginge beträchtlich zurück. Wer glaubt, daß die Union diesem Konkurrenzspiel friedlich zuschauen würde, dürfte sich irren. Zunächst würde sie wahrscheinlich einen niedlichen Mac Kinley-Tarif en miniature konstruiren, der speciell auf die Einfuhr landwirthschaftlicher Erzeugnisse aus Kanada zugeschnitten wäre, und dann würde sie einige Zoll-Represivmaßregeln gegen England in Gebrauch nehmen. Und dieser Vorgang würde sich bald hier, bald dort wiederholen. Die Länder, die durch den britischen Reichszollverein ihren Export bedroht sehen, werden zu Gegenmaßnahmen greifen; sie werden sich gegenseitig Zugeständnisse machen, und das Resultat wird sein, daß Englands Industrie zwar auf den Kolonialmärkten an Absatz gewinnt, dafür aber sich vom Markte der fremden Staaten mehr und mehr zurückgedrängt sieht. Dazu kommt noch ein Zweites: die Erhöhung der Produktionskosten der englischen Industrie. Soll das Bündniß für die Kolonien einen Werth haben, muß es ihnen den englischen Markt für den Absatz ihrer Rohstoffe und Lebensmittel sichern, das heißt der englische Markt muß in der einen oder anderen Form gegen die fremde Einfuhr von Wolle, Fleisch, Jute, Rohbaumwolle, Häute, Getreide, Rohleder, Kautschuk, Talg u. s. w. mehr oder weniger abgeperrt werden. Nun aber betrug bisher die Einfuhr aus den englischen Kolonien nur etwas über ein Fünftel des englischen Gesamtbedarfs. Da in vielen Rohstoffen das Angebot der Kolonien die englische Nachfrage nicht zu decken vermag, würden naturgemäß die Preise für diese Artikel anziehen, das heißt die englische Industrie müßte für sie einen höheren als den Weltmarktpreis bezahlen, häufig den Weltmarktpreis plus Zoll. Hinzu käme noch die Vertheuerung des Lebensunterhalts der Arbeiter in Folge der Steigerung der Preise für eingeführtes Fleisch, Käse, Butter zc.

Der Erfolg wäre also, daß England das, was es auf der einen Seite gewinnt, auf der anderen wieder verliert, daß die vermehrte Ausfuhr nach den Kolonien ausgeglichen wird durch Verluste auf dem Weltmarkt: Verluste, die, wenn später das Zollbündniß sich auflöst, kaum wieder eingebracht werden können. Vielleicht wird man sagen: „Bis zu einer festen Zollunion wird es kaum kommen; man wird sich gegenseitig einige Vorzugszölle und sonstige Vergünstigungen einräumen und im Uebrigen wird Alles so ziemlich beim Alten bleiben.“ Das ist allerdings das Wahrscheinlichere. Aber wenn die Differentialzölle unbedeutend sind, können sie weder England, noch dessen Kolonien viel nützen; und

wenn sie derartig sind, daß sie die Handelsbewegung ernstlich beeinflussen, müssen sie, je nach dem Grade ihres Einflusses, die oben dargelegten Folgen nach sich ziehen.

Damit soll nicht behauptet sein, daß die deutsche, amerikanische, französische Industrie mit Gemüthsruhe dem geplanten Zollverband Englands mit seinen Kolonien entgegensehen kann. Unzweifelhaft wird ein solcher Verband, wenn er zu Stande kommt, viele Industrien zum Verlassen alter Geleise zwingen; und jede größere Verschiebung der Absatzverhältnisse des Weltmarkts filhrt nothwendig zu Konvulsionen. Eine Industrie, die ihr hauptsächlichstes Absatzgebiet bislang in den englischen Kolonien hatte, wird schwer leiden, eine andere wenig oder gar nicht, eine dritte wird gewinnen; der Endeffekt aber kann kein anderer sein, als die Zurückdrängung Englands vom Weltmarkt.

Der Industrie vermögen Kolonialbesitzungen nichts oder doch nur bitterwenig zu nützen. Es ist ein durchaus verlogenes Spiel, das der englische Imperialismus mit dem Vorgeben treibt, die Rücksicht auf das Ausdehnungsbedürfniß der Großindustrie und auf den Erwerb der Arbeiter bestimmen ihn zu seinen Plänen, gerade so verlogen wie die Behauptung deutscher Flottenpolitiker, die Erwerbung von Kolonien in Asien, Afrika, Australien fördere die deutsche Industrieentwicklung. Sicherlich glauben manche Flottenagitatoren das selbst; aber im Grunde genommen sind es ganz andere ökonomische Kräfte, die in der heutigen Kolonial-, Welt- oder Expansionspolitik zum Ausdruck kommen, als die Interessen der Industrie. Wenn diese auch nicht ganz unbetheiligt sind, spielen sie doch eine durchaus untergeordnete Rolle. Was als treibendes Agens hinter der heutigen Welt- und Expansionspolitik steht, das ist der Bethätigungsdrang und das Profitbedürfniß des Geldkapitals! (Schluß folgt).

## Klassen und Parteien in Italien.

Von Dr. Franco Bonomi.

### II.

Im vorigen Artikel haben wir gesehen, wie es einerseits dem Großgrundbesitz und der Großindustrie des Nordens, andererseits der wirthschaftlich ruinirten und deshalb nach schnellem Gewinn unter jeder Bedingung gierigen mittleren Bourgeoisie des Südens gelungen ist, sich die geradezu unbefristete Herrschaft über die Nation anzueignen. Jetzt wollen wir uns mit der Prüfung der Frage befassen, von welcher Art die politischen Parteien sind, die diese Klassen vertreten, und wie ihr Charakter, ihre Tendenzen beschaffen sind. Zu diesem Behufe muß man ihrem historischen Ursprung nachforschen, da man nicht außer Acht lassen darf, daß die Parteien nicht immer die verschiedenen wirthschaftlichen Interessen klar vertreten, sondern häufig daneben Ideen und Traditionen, die mit dem wirthschaftlichen Leben der Gegenwart nicht im Zusammenhang stehen.

Die Partei, welche während der italienischen Revolution in ausgesprochener Weise die Tendenzen der Großbourgeoisie des Nordens vertrat, als alle anderen, war die Rechte oder die Partei der Gemäßigten. Diese Partei unterstützte die Revolution ohne warmen Enthusiasmus und ohne ihrerseits eigentliche Opfer zu bringen: ja im Gegentheil, sie war es, die die Revolution in ihrem kühnen und heroischen Glanz immer zurückzuhalten suchte, wenn diese Schritte that, welche die konservative Sache bloßstellen konnten. So verrieth sie die Sache der Revolution im Jahre 1848, indem sie die Kräfte des Volkes paralyisirte und dieses selbst den Interessen des Königs von Piemont opferie. Später lieferte sie servil das